

Ressort: Finanzen

Europas Banken sollen 55 Milliarden Euro für Krisen zurücklegen

Berlin/Brüssel, 07.12.2013, 00:01 Uhr

GDN - Europas Banken sollen 55 Milliarden Euro ansparen, um sich in einer Krise künftig aus eigener Kraft sanieren oder die eigene Abwicklung mitfinanzieren zu können. Das geht aus den Plänen zum Aufbau einer sogenannten Bankenunion hervor, welche die "Süddeutsche Zeitung" einsehen konnte.

Das Geld soll bis 2025, spätestens 2028 in einen zentralen europäischen Abwicklungsfonds eingezahlt werden. Bisher musste stets der Steuerzahler einspringen, um Banken vor einer Pleite zu retten. Durch die Vorsorge der Banken sowie eine Kostenbeteiligung von Aktionären, Gläubigern und Einlegern soll dies künftig vermieden werden. Zwar sind sich die europäischen Staaten weitgehend darin einig, dass Europas Geldhäuser künftig zentral beaufsichtigt und abgewickelt werden sollen, um den politischen Einfluss auf die Institute einzudämmen und die Steuerzahler zu schützen. Allerdings liegen die Regierungen in den Details weit auseinander. Strittig ist, wer zahlen muss, bis der milliardenschwere Bankenfonds gefüllt ist, ob alle 6000 Banken der Eurozone in den Fonds einzahlen oder nur die größten 130. Unklar ist auch, wer die letzte Entscheidung trifft, dass eine Bank geschlossen werden muss. Eine Lösung wird bis Ende des Jahres angestrebt. Um die deutsche Position nach Ende der Koalitionsverhandlungen deutlich zu machen, hatte der amtierende Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble für diesen Freitag die Kollegen aus den vier größten Euro-Ländern nach Berlin eingeladen, dazu Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem und den Direktor der Europäischen Zentralbank, Jörg Asmussen, sowie EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier. Über die Ergebnisse wurde zunächst jedoch Stillschweigen vereinbart. Die Rede war nur von einem "Gedankenaustausch" vor den abschließenden Verhandlungen nächste Woche.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-26458/europas-banken-sollen-55-milliarden-euro-fuer-krisen-zuruecklegen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619